



## Stellungnahme

**des Wikimedia Deutschland, Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e. V.  
zum Abschlussbericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Ersten  
Nationalen Aktionsplans 2017 - 2019 im Rahmen der Teilnahme an der Open  
Government Partnership (OGP)**

Wikimedia Deutschland setzt sich für Chancengleichheit beim Zugang zu Wissen und Bildung ein und unterstützt die vielen Tausend Ehrenamtlichen, die z. B. in der Wikipedia tagtäglich ihr Wissen mit allen Menschen teilen. Wir tun dies gemeinsam mit den weltweit ehrenamtlich tätigen Wikimedia-Communitys und mit der Unterstützung unserer mehr als 70.000 Mitglieder in Deutschland, auch unterstützt durch Partnerorganisationen, die rund um Digitalisierung der Gesellschaft für das Gemeinwohl eintreten.

Wir begrüßen daher den Beitritt der Bundesregierung zum Lenkungsausschuss der Open Government Partnership. Die Praktiken des Bundes hinsichtlich Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Regierungshandelns sind zentral und richtungsweisend für das Verhältnis der Menschen zum Staatswesen. Die ambitionierten Vorhaben der OGP müssen dabei von allen Ministerien mitgetragen werden, um die gewünschte Wirkung für Wirtschaft, Bevölkerung und Zivilgesellschaft entfalten zu können.

## Übergeordnete Anregungen

Von den insgesamt 68 Meilensteinen werden 61 als komplett umgesetzt, 7 weitere als "teilweise umgesetzt" bezeichnet. Die Erfolge an dieser Stelle stimmen durchaus optimistisch, wir würden uns jedoch eine stärkere Koordination zum Beispiel im Kanzleramt wünschen, die aktuell nicht ausreichend gewährleistet werden kann.

Die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure im OGP-Prozess und bei der Umsetzung der Nationalen Aktionspläne ließe sich spürbar durch eine frühzeitigere Ankündigung von Terminen und die Übernahme von Reisekosten unterstützen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft waren mit eigenen Ressourcen größtenteils ehrenamtlich aktiv, der finanzielle Aufwand zur Unterstützung wäre daher überschaubar.

**Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e. V.**

Postfach 61 03 49, 10925 Berlin · Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 219 158 26 - 0 · Fax: +49 (0) 30 219 158 26 - 9 · <http://wikimedia.de> · [info@wikimedia.de](mailto:info@wikimedia.de)

Geschäftsführender Vorstand: Abraham Taherivand · Eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Nummer 23855 B

Spendenkonto: IBAN: DE05 1002 0500 0003 2873 00, BIC: BFSWDE33BER

## Strukturelle Verankerung von Open-Government-Prinzipien

Wir möchten unterstreichen, dass es langfristig ambitionierte Verpflichtungen inklusive Gesetzesänderungen braucht, um die Grundprinzipien des Open Government (Offenheit, Transparenz und Partizipation) in Politik, Regierung und Verwaltung zu verankern.

Dazu gehören u.a. ...

- Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes zu einem Transparenzgesetz
- Bereitstellung von Handels- und Transparenzregister als Open Data, um die entsprechenden Informationen dem Linked-Open-Data-Ökosystem hinzufügen zu können
- Änderung des § 5 II Urheberrechtsgesetz zu einer Vermutungsregelung, nach der bei behördlichen Publikationen der Status des "anderen amtlichen Werkes" vermutet wird
- Ein zweites Open Data Gesetz mit dem ausdrücklichen Grundsatz "öffentliches Geld - öffentliches Gut!"

## Detaillierte Anmerkungen zum Abschlussbericht

Unsere Anmerkungen zu den einzelnen Punkten des Abschlussberichts stützen im Wesentlichen die Anmerkungen und Forderungen der Open Knowledge Foundation Deutschland:

### Verpflichtung 2: Umsetzung von Open Data in die Verwaltungspraxis

Hier bleibt anzumerken, dass die Einrichtung der zentralen Stelle für Open Data erst mit erheblicher Verzögerung gelang. Das Unterstützungsangebot des Bundesverwaltungsamts ist zudem innerhalb der Bundesregierung noch nicht ausreichend bekannt und zum jetzigen Zeitpunkt (Ende Okt 2019) sind geplante Personalstellen noch immer nicht besetzt.

### Verpflichtung 5: Finanztransparenz - Implementierung des EITI-Standards

Auch wenn der Status der EITI-Konformität vorläufig erreicht wurde, gilt dieser nur in Verbindung mit offenem Zugang zum Transparenzregister ab 01. Januar 2020. Es bleibt abzuwarten ob die Bundesregierung diese Vorgabe einhalten wird.

### Verpflichtung 8: Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Umwelt und Stadtentwicklung

Es ist im Bericht nicht ersichtlich warum es hier bei Meilenstein 5 zu einer erheblichen Verzögerung kam. Die Abschlussveranstaltung sollte am 21.11.2018 stattfinden. Hier muss transparent dargelegt werden, warum diese Vorgabe nicht eingehalten wurde.

Verpflichtung 12: Monitoring der Entwicklung des Frauen - und Männeranteils an Führungsebenen, in Gremien der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Die Erfüllung der Meilensteine 5, 6 und 7 ist noch nicht erfolgt. Ohne die Evaluierung des Gesetzes lässt sich keine abschließende Aussage über die Ergebnisse festhalten. Um solche Initiativen nicht ins Leere laufen zu lassen, bedarf es einer öffentlichen und medienwirksamen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Gleichstellungsindex' in den obersten Bundesbehörden.

Berlin, 13.11.2019

- - -

## Ihre Ansprechpersonen

### **John Weitzmann**

Leiter Politik & Recht, Syndikus  
[john.weitzmann@wikimedia.de](mailto:john.weitzmann@wikimedia.de)



### **Bernd Fiedler**

Projektmanager Politik  
(Schwerpunkt Öffentliche Güter)  
[bernd.fiedler@wikimedia.de](mailto:bernd.fiedler@wikimedia.de)

